

Fracking-Gesetz soll noch vor der Wahl kommen

Koalition unternimmt „letzten Versuch“

BERLIN. Die schwarz-gelbe Koalition will nun doch noch vor der Bundestagswahl eine gesetzliche Regelung zum umstrittenen Gas-Fracking auf den Weg bringen. Nach einer Vereinbarung der zuständigen Experten von Union und FDP soll bis zum Ende der nächsten Woche eine Einigung gefunden werden, so dass das Bundeskabinett die Regelung in seiner Sitzung am 8. Mai auf den Weg bringen könnte. Es sei „der letzte Versuch“, noch vor der Bundestagswahl eine gesetzliche Regelung auf den Weg zu bringen, wurde unserer Berliner Redaktion aus Koalitionskreisen bestätigt. Das Vorhaben habe zuletzt vor dem Ausgestanden. Nun gebe es wieder „eine realistische Chance“ auf eine Einigung. Der Bundesrat könne dann in seiner Sitzung am 9. Juli über die Pläne entscheiden.

Beim Fracking werden mit hohem Druck Wasser und Chemikalien in die Erde gepresst, so dass Gas daraus entweichen kann. Vorgesehen sind Änderungen des Wasserhaushaltsgesetzes. Bei Tiefbohrungen mit Fracking-Technologie zur Suche oder Gewinnung von Erdgas, Erdöl oder Erdwärme müsse es „ein Einvernehmen“ mit der zuständigen Wasserbehörde geben, hieß es in Koalitionskreisen. Für bestimmte Gebiete ist ein generelles Verbot solcher Bohrungen vorgesehen. Über die Reichweite des Verbots gibt es in der Koalition derzeit noch unterschiedliche Auffassungen. Erwogen wird ein Verbot in „Trinkwassergewinnungsgebieten“, falls dies klar definiert werden könne. RB